

Antrag

der Abgeordneten **Joachim Unterländer**, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer, Hermann Imhof, Oliver Jörg, Angelika Schorer, Bernhard Seidenath, Reserl Sem **CSU**,

Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Renate Will, Thomas Dechant, Tobias Thalhammer FDP

Bund weiter in die Verantwortung für die Mehrgenerationenhäuser nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass der Bund zumindest diejenigen Mehrgenerationenhäuser, die nach Auslaufen seiner bisherigen Anschubfinanzierung keine gesicherte Finanzierung aufweisen, befristet über den bisher festgesetzten Förderzeitraum hinaus weiter fördert.

Begründung:

In 2011 und 2012 läuft die bisherige Förderung des Bundesfamilienministeriums für das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser aus. Für viele Mehrgenerationenhäuser war der 5-jährige Förderzeitraum zu kurz, um eine sich selbst tragende Finanzierungsstruktur aufzubauen. Da der Bund diese Projekte angestoßen hat, steht er auch in der Verantwortung, diese Projekte in nachhaltige Strukturen zu überführen.